



## Regierungsratsbeschluss vom 06. Dezember 2016

Änderung der Verordnung über die Verrechnungssteuer (Konzernfinanzierung)

P161516

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Eidgenössische Steuerverwaltung.

### Begründung

Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung der Verordnung über die Verrechnungssteuer sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen für konzerninterne Finanzierungstätigkeiten von Schweizer Konzernen verbessert werden. Konzerninterne Finanzierungen sollen auch bei einer Mittelaufnahme von einer ausländischen Konzerngesellschaft, die durch eine zum gleichen Konzern gehörende inländische Gesellschaft garantiert wird, ohne Belastung durch die Verrechnungssteuer ermöglicht werden, sofern die mittelaufnehmende ausländische Gesellschaft keine Mittel in die Schweiz weiterleitet, die den Betrag ihres Eigenkapitals übersteigen. Mit der Änderung der Verordnung wird die durch die Verrechnungssteuer verursachte Benachteiligung von Schweizer Konzernen gegenüber ausländischen Konzernen beseitigt und werden gleich lange Spiesse geschaffen. Das ist sinnvoll. Der Regierungsrat stimmt der vorgeschlagenen Änderung der Verrechnungssteuerverordnung deshalb zu.

